

Aktion Gemeinsinn e.V.

Eine Vereinigung unabhängiger Bürger in Deutschland
(1957)

Schirmherr: Bundespräsident Dr. Horst Köhler



53113 Bonn, August 2009
Am Hofgarten 10
Telefon (0228) 22 23 06
Telefax (0228) 21 94 09
eMail info@gemeinsinn.de
Internet www.gemeinsinn.de

Material **für die Tagung „Vorsicht – Verklärung?! 20 Jahre** **nach dem Fall der Mauer“ am 28./29.8.2009 in Berlin**

**(Auszüge aus der Materialsammlung der Aktion Gemeinsinn
anlässlich ihrer Testimonialanzeige „20 Jahre Freiheit – die Opfer
der Unfreiheit brauchen Mitgefühl und Hilfe“ Ende 2008)**

Inhalt:

- | | |
|---|--------------|
| 1.1 Presseerklärung der Aktion Gemeinsinn | S. 2 |
| 1.2 Vorwort | S. 2 |
| 2. Der DDR Staatssicherheitsdienst („Stasi“) | S. 3 |
| 2.1 Einleitung: Zitat aus der FAZ vom 19.11.2008 | |
| 2.2 Anmerkungen der Redakteurin der Aktion Gemeinsinn | |
| 2.3 Auszüge aus einer Sonderpublikation der Bundeszentrale für politische
Bildung: „Die DDR Staatssicherheit – Schild und Schwert der Partei, Bonn, 2001 | |
| 2.4 Methoden der Staatssicherheit | |
| 2.5 Die Gedenkstätte für Stasi-Opfer in Berlin–Hohenschönhausen | |
| 3. Rehabilitierungsgesetze des Bundes zur Aufarbeitung von DDR-Opferan-
sprüchen | S. 6 |
| 4. An welche Stellen können sich Stasi-Opfer zur Beratung ihrer Wieder-
gutmachungsansprüche wenden? | S. 8 |
| 4.1 Rehabilitierungsbehörden | |
| 4.2 Der Verein Stasiopferselbsthilfe e.V. | |
| 4.3. Weitere Beratungsorgane | |
| 5. Beiträge zur historischen Einordnung | S. 9 |
| 5.1 Die friedliche Revolution in Deutschland 1989 im größeren osteuropäischen
Rahmen, Joachim Jauer | |
| 5.2 Kurzdarstellung der Bürgerrechtsbewegungen in der früheren DDR | |
| 6. An welche Stellen können sich Interessierte wenden, um Zeitzeugen zu
Vorträgen vor Ort über die DDR zwischen 1949 und 1989 anzufordern? | S. 12 |

1.1 Presseerklärung der Aktion Gemeinsinn: Mehr Bürgerengagement im Gedenkjahr an die friedliche Revolution erforderlich!

Cornelie Sonntag-Wolgast, Vorstandsvorsitzende der Aktion Gemeinsinn:

Die Vorsitzende der Aktion Gemeinsinn, Cornelie Sonntag-Wolgast, hat zu mehr Eigeninitiative bei den Bemühungen um die innere Einheit aufgerufen. Zum Auftakt des Gedenkjahres an die friedliche Revolution in der DDR, die mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 endete, veröffentlicht die älteste überparteiliche Bürgerinitiative eine Erklärung, in der mehr als 30 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Parteien ein stärkeres ziviles Engagement für das Zusammenwachsen von Ost und West anmahnen. Unter dem Titel „20 Jahre Freiheit – die Opfer der Unfreiheit brauchen Mitgefühl und Hilfe“ fordern die Initiatoren dazu auf, Gespräche mit Zeitzeugen zu organisieren, in Schulen und Vereinen das Thema „deutsche Teilung“ intensiv zu behandeln und traumatisierten Stasi-Opfern zur Seite zu stehen.

„Die Kenntnisse über die deutsche Teilung und das ‚Leben der Anderen‘ sind insbesondere, aber nicht nur bei jungen Leuten erschreckend gering“, erklärt Cornelie Sonntag-Wolgast. „Über das Leid schwer traumatisierter Opfer wird selten geredet und geschrieben; über Zwangsadoptionen oder Bespitzelungen am ehesten noch dann, wenn Film und Fernsehen das Thema aufgreifen. In jüngster Zeit wächst in interessierten Kreisen die Neigung, die Verbrechen des SED-Staates zu beschönigen.“ Dem müsse gerade im Jubiläumsjahr des Mauerfalls gegengesteuert werden. „Nicht nur die zuständigen staatlichen und privaten Organisationen sind dazu aufgerufen, sondern auch Otto Normalverbraucher.“ Zu den Erstunterzeichnern des Appells zählen Rainer Eppelmann, Joachim Gauck, Bodo Hombach, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Renate Schmidt, Erwin Teufel, Hans-Jochen Vogel sowie führende Repräsentanten der Katholischen und Evangelischen Kirche.

1.2 Vorwort

von Carl-Christoph Schweitzer, Ehrenvorsitzender der Aktion Gemeinsinn,
emeritierter Professor für Zeitgeschichte und Politikwissenschaft, Universität Bonn

Wir stehen an der Schwelle zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer. Die Aktion Gemeinsinn will an die Menschen in ganz Deutschland appellieren: Lassen Sie uns aus diesem Anlass die Lage unserer Nation zwei Jahrzehnte nach der ersten erfolgreichen, zudem friedlichen Revolution in der deutschen Geschichte überdenken! Wir alle tragen eine Mitverantwortung für das Zusammenwachsen der Deutschen nach 40 Jahren brutaler Trennung.

Die Aktion Gemeinsinn hat sich dieser Aufgabe seit 1990 gestellt – mit mehreren Anzeigenkampagnen (darunter 1991 der größten unter der Überschrift „Wir sind gleicher als wir denken“), mit rund 20 „gesamtdeutschen“ Tagungen zwischen 1990 und 2000. Wir veranstalteten sie durchweg in den neuen Ländern mit maßgeblichen Theoretikern und Praktikern der Politik als Redner und jeweils rund 80 Diskutanten aus Ost und West. Dafür erhielt die Aktion Gemeinsinn jetzt den „Deutschen Einheitspreis“ der Bundeszentrale für politische Bildung.

Die Aktion Gemeinsinn freut sich, dass Sie auf unsere Erklärung mit Ihrer persönlichen Anfrage reagieren. Es gehört seit unserer Gründung 1957 zu unserem Grundprinzip, dass wir solche Anzeigen kostenlos veröffentlichen. Wir möchten Ihnen mit der beigefügten kleinen Dokumentation weitere Aufklärung zu diesem wichtigen Thema liefern, Sie aber auch zu eigenen Aktivitäten ermutigen. Das gilt insbesondere für persönliche Hilfestellungen zugunsten von Stasi-Opfern, die nach wie vor trotz der (in der Regel kleinen) Opferrente unseres Mitgefühls und – womöglich – unserer Mithilfe bedürfen.

Sie fragen sich nun zu Recht: Was kann ich selber tun? Eine erste Antwort lautet ganz einfach: Laden Sie z.B. Ihnen bekannte, immer noch traumatisierte Opfer in Ihrer Nähe einmal zu sich nach Hause ein! Unabhängig davon, ob Sie sie als juristischer oder in Finanzfragen versierter Experte beraten können. Nachdem ich selber erst vor einigen Monaten von der Notlage vieler Stasi-Opfer im Einzelnen erfahren hatte, lud ich z.B. eines dieser Opfer in eine kleine Ferienwohnung zu einem zweiwöchigen Aufenthalt ein. So etwas wird nicht jedem möglich sein. In diesem Falle handelte es sich um einen „Wessi“, der sich in den 60er Jahren in ein Mädchen aus der DDR verliebt hatte, das seine Großmutter in Hameln besuchen durfte. Seine späteren Versuche, sie aus der DDR herauszuholen, scheiterten – mit der Folge, dass er jahrelang in Stasi-Gefängnissen unter brutalen Umständen ausharren musste. Er leidet noch heute an den Folgen.

Schließlich möchte die Aktion Gemeinsinn als Deutschlands älteste überparteiliche Bürgerinitiative mit dieser Anzeige auch im Internet einen neuen, gesamtdeutschen Gedankenaustausch einleiten. Wir bitten Sie um Schilderungen, wie Sie persönlich die 40 Jahre SED-Diktatur damals erlebt haben und heute bewerten. Ich selber versuche am Ende dieser kleinen Dokumentation mit einem Zeitzeugenbericht einen Anstoß zu diesem Disput zu geben und verweise außerdem auf den von der Aktion Gemeinsinn 1991 herausgegebenen Sammelband „Menschen hüben und drüben“ (Verlag Leske-Buderich in Opladen).

2. Der DDR-Staatssicherheitsdienst („Stasi“)

2.1 Einleitung: Zitat aus Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. November 2008, „Unverzichtbare Erfüllungsgehilfen“ von Rolf Steininger

[..]Als vor knapp zwanzig Jahren die friedliche Revolution in der DDR ausbrach, wussten viele Westdeutsche mit den überall anzutreffenden Aufschriften auf den Transparenten der ostdeutschen Demonstranten: „Stasi in die Produktion!“ meist nichts anzufangen. Das hat sich inzwischen völlig geändert. Doch das Wissen über Wesen und Umfang der „Krake“ ist eher diffus geblieben, obwohl die Stasi nach wie vor ein Politikum darstellt. Jetzt liegt eine akribische Untersuchung über das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) vor, die kaum mehr Fragen offen lässt. Sie stammt aus der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und befasst sich mit der wohl heikelsten Personengruppe, die in Diensten „der Firma“ stand – den Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) [..].

2.2 Anmerkung der Redakteurin der Aktion Gemeinsinn:

Diese Aussage zeigt, wie lange es gedauert hat, bis die DDR-Vergangenheit offiziell aufgearbeitet worden ist. Was das Wissen der Gesamtbevölkerung angeht, sind wir jedoch noch lange nicht so weit. Mangelnde Kenntnisse über das DDR-System in West und Ost verhindern aber nicht nur ein besseres Verständnis der jeweils anderen Seite und damit ein wirkliches Zusammenwachsen. Sie ermöglichen auch eine unkritische DDR-Nostalgie.

Die Zahl der Stasiopfer ist groß; Frau Birthler riet der Aktion Gemeinsinn, von der Schätzzahl von 280 000 politischen Gefangenen in der DDR auszugehen sowie auf folgende Quelle hinzuweisen: Wilhelm Heinz Schröder (zusammen mit Jürgen Wilke), Politische Gefangene in der DDR - Eine quantitative Analyse. In: Materialien der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit", hrsg. v. Deutschen Bundestag, 8 Bd., Baden-Baden, Nomos 2000, Bd. VI, S. 1084-1299. (Download der Kurzfassung: http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/hsrretro/docs/artikel/hsr/hsr1998_470.pdf)

Wir geben hier einen kurzen Überblick über Organisation und Methoden der Stasi.

2.3 Auszüge aus einer Sonderpublikation der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB): "Die DDR-Staatssicherheit - ein spezielles Organ der Diktatur des Proletariats" (Bonn, 2001, mit Genehmigung der BpB)

[..] " Schild und Schwert der Partei" – so nannte sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Die Partei, das war die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die in der DDR ein diktatorisches Machtmonopol errichtet hatte und es niemals wagte, sich freien Wahlen durch die Bevölkerung zu stellen. Die „Staatssicherheit“, wie sie kurz genannt wurde, war der erschreckendste und zugleich groteskste Teil des Herrschaftsapparates der SED und damit ein Eckpfeiler des Staates DDR.

Die DDR-Staatssicherheit war ihrem Ursprung und ihrem wichtigsten Zweck nach eine Geheimpolizei, sie überwachte und bekämpfte Gegner der Parteidiktatur bzw. wen sie dafür hielt. Sie konnte diese selbst verhaften und in eigenen Untersuchungshaftanstalten gefangen halten, bis ihnen der Prozess gemacht wurde. Und sie trachtete danach, die gesamte Gesellschaft unter Kontrolle zu bringen. Zugleich war die Staatssicherheit einer der weltweit erfolgreichsten Nachrichtendienste für Spionage und Spionageabwehr. Im Laufe der Jahrzehnte wuchs der Apparat zu einer Großbürokratie mit einer Vielzahl weiterer Aufgaben: Er schützte mit Leibwächtern die führenden DDR-Funktionäre und betrieb die Politbürosiedlung in Wandlitz; er stellte die Passkontrolleure an den Grenzübergängen und überwachte die Reiseströme zwischen Ost und West; er sicherte und betrieb geheimen Waffen- und Technologiehandel; er unterhielt schließlich sogar mit dem FC Dynamo Berlin einen Sportverein, der viele Male DDR-Fußballmeister wurde.

Das MfS sah sich als Teil des globalen Systemkonflikts zwischen Sozialismus und „Imperialismus“, der sich auf deutschem Boden unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit abspielte. Daraus begründete die SED ihre Sicherheitslogik; innere gesellschaftliche Konflikte galten prinzipiell als durch westdeutsche oder andere „imperialistische“ Geheimdienste und „Feind“-organisationen gesteuert. „Abwehr“ und „Aufklärung“ kooperierten entsprechend eng und verwischten die Grenzen zwischen nachrichtendienstlicher Tätigkeit und innerer Repression.

Das MfS stand unter der politischen Führung des Ersten bzw. Generalsekretärs des Zentralkomitees (ZK) der SED, also bis 1971 Walter Ulbricht, danach Erich Honecker (sowie im Herbst 1989) kurzzeitig Egon Krenz). (...)

Vorbild des Ministeriums für Staatssicherheit war die sowjetische Geheimpolizei (...).

Im Herbst 1989 hatte das Ministerium für Staatssicherheit eine Personalstärke von 91 015 hauptamtlichen Mitarbeitern erreicht und damit selbst die Sicherheitsdienste der anderen sozialistischen Staaten, gemessen an der Bevölkerungszahl, bei weitem überflügelt. Auf 1 000 DDR-Bürger kamen ca. 5,5 Mitarbeiter der Staatssicherheit – in der Sowjetunion waren es nur rund 1,8, in der CSSR rund 1,1 Personen. (...)

Ebenso eindrucksvoll wie der Umfang des hauptamtlichen Apparates sind die geheimpolizeilichen Instrumente:

- Als „Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind“ hatte das MfS zuletzt rund 175 000 inoffizielle Mitarbeiter verpflichtet. (...)
- Ebenso wichtig waren die „offiziellen“ Einfluss- und Auskunftswege über den SED-Parteiapparat, die Volkspolizei, die Verwaltungen im Staats- und Wirtschaftsapparat, Kaderabteilungen, Wehrkreiskommandos, Massenorganisationen usw.
- Hinzu kam die geheimdienstliche „Rundum-Überwachung“ mit Wanzen und Kameras, Telefon-, Funk- und Postkontrolle, Wohnungs- und Arbeitsplatzdurchsuchungen und Beschattung. (...)
- Schließlich konnte das MfS Personen, die es im Visier hatte, verhaften oder zur „Klärung eines Sachverhalts“ vorladen, um von ihnen Aussagen zu bekommen, sie einzuschüchtern oder anzuwerben.

Zugleich bereitete sich das MfS, hauptsächlich für den Kriegs- oder inneren Spannungsfall, auf die Anwendung anderer Methoden vor. Unter anderem hielt es speziell ausgebildete Kampftruppen für Terror- und Sabotageakte im feindlichen Hinterland bereit und traf Vorkehrungen, um im Ernstfall „feindlich-negative DDR-Bürger“ in Isolierungslager zu sperren [..].

Laut der o.g. Publikation der BpB führte Erich Mielke im Jahre 1953 über die Anforderungen an die MfS-Mitarbeiter in einer Rede auf der SED-Parteitagung in seinem Ministerium aus:

"[...] Hier sprach Genosse Köhler, dass es Genossen gibt, die eingestellt wurden, die nicht schreiben können. Mir scheint, dass es darauf ankommt, dass dieser Genosse, der vielleicht nicht schreiben kann, weiß wie man siegt und was man tun muss, um seine Feinde zu vernichten. Untersuchen wir einmal danach, wie manche großartig schreiben können und wie wunderbar sie daherreden und prüfen wir, wie viel Feinde sie vernichtet haben. Deshalb scheint mir die Fragestellung nicht ganz richtig. Es ist deshalb notwendig, den Menschen einzuwähmern den Glauben an den Sieg, dass sie verstehen zu siegen.[]

Die Partei, der Parteisekretär muss das wahre Gesicht jedes Parteigenossen kennen, mit welcher Zunge er redet. Und wenn er mal nicht seinen Namen unterschreiben kann, ist es nicht wichtig, aber wenn er weiß, wer die Feinde sind, ist er auf dem richtigen Weg [...]."

2.4 Die Methoden der Staatssicherheit

Zitat aus: Vera Lengsfeld: "Von nun an ging's bergauf... Mein Weg zur Freiheit", München, 2007, Seiten 144ff

"[...] Die Akten enthüllten, dass es sich bei der Staatssicherheit keineswegs um einen normalen Geheimdienst gehandelt hat, sondern um ein besonders widerliches Unterdrückungsinstrument des SED-Regimes, das sich systematisch krimineller Praktiken bediente. Die Maßnahme- und Zersetzungspläne der Staatssicherheit bleiben von den Medien weitgehend unbeachtet. Dabei offenbart sich in diesen Plänen die Fratze des sozialistischen Systems, von dem es kein menschliches Antlitz geben kann.

In den Zersetzungsplänen wurde die systematische Zerstörung von Menschen, Einzelpersonen, ganzen Familien oder Gruppen bis hin zum Mord geplant. Dabei bediente sich die Staatssicherheit der Informationen, die sie von den Inoffiziellen Mitarbeitern erhielt. Jedes noch so banale Detail war wichtig. Von daher kann kein IM jemals sicher sein, dass seine Information, die er der Staatssicherheit gegeben hat, „niemandem geschadet“ habe. Jeder scheinbar harmlose Hinweis auf Alltagsgewohnheiten, Vorlieben, heimliche Laster der Observierten nutzte den Psychologen der Staatssicherheit. Diese an der Stasi Hochschule in Potsdam speziell trainierten Wissenschaftler waren darauf abgerichtet, jede Schwachstelle der von der Staatssicherheit verfolgten Menschen zu erkennen und gleichzeitig Ratschläge zu geben, wie die erkannten Schwachstellen so wirkungsvoll wie möglich ausgenutzt werden konnten. Wenn jemand besonders an seiner Familie hing, würde die Staatssicherheit nichts unversucht lassen, die Familienbeziehung zu zerstören. Wer seinen Beruf liebte, dem wurden systematisch Misserfolge im Berufsleben organisiert, die oft mit dem Verlust der Stellung einhergingen. Wer gern reiste, der bekam keine Visa oder wurde an der Grenze zurückgeschickt, wer gern studierte, der wurde unter einem Vorwand exmatrikuliert, wer stolz auf seinen Freundeskreis war, dem wurden die Freunde mit böswilligen Gerüchten entfremdet. Dazu kamen offene oder versteckte Observationen, offene oder versteckte Hausdurchsuchungen, offene oder versteckte Schikanen der Behörden. Die Staatssicherheit scheute sich keineswegs, die Kinder der so genannten Staatsfeinde zu drangsalieren, um die Eltern zu zermürben. Wenn alles nichts half, gab es auch schon mal Anschläge auf das Leben oder die Gesundheit [...]."

2.5 Die Gedenkstätte für Stasi-Opfer in Berlin-Hohenschönhausen, ehemaliges sowjetisches Speziallager und Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit, Genslerstraße 66, 13055 Berlin.

Besichtigung nur im Rahmen einer Führung. Öffentliche Führungen für Einzelbesucher:

Mo - Fr 11.00 und 13.00 Uhr, Sa und So stündlich zwischen 10.00 und 16.00 Uhr
 Führungen für Gruppen: tgl. 09.00 und 16.00 Uhr (nur nach Voranmeldung unter Tel: 030-98608230 oder Fax: 030-98608234)

Fahrverbindungen:

S-Bahn bis Landsberger Allee, von dort Metro Tram 6 bis Haltestelle Gensler Straße oder Freienwalder Straße, an deren Kreuzungspunkt sich die Gedenkstätte befindet.

Jeden Montag ist der Eintritt frei, ansonsten liegt er zwischen 2,-- und 4,-- €

Die Gedenkstätte befindet sich an einem Ort, der wie kaum ein anderer in Deutschland mit der 44jährigen Geschichte politischer Verfolgung in der früheren Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und dann der DDR verknüpft ist. Hier wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein sowjetisches Internierungslager eingerichtet, danach das zentrale sowjetische Untersuchungsgefängnis für Ostdeutschland. Anfang der 50er Jahre übernahm das Ministerium für Staatssicherheit das Gefängnis und nutzte es bis 1990 als zentrale Untersuchungshaftanstalt. Es gab in der DDR insgesamt 17 Stasi-Untersuchungsgefängnisse, die alle von der Zentrale in Berlin gesteuert wurden. In der NS-Zeit befand sich hier eine Großküche der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt.

Die Lebensbedingungen im Lager waren katastrophal. Auf engstem Raume waren zeitweise über 4.200 Menschen zusammengepfercht. Die hygienischen Verhältnisse waren miserabel, die Verpflegung unzureichend. Da die Häftlinge keine Decken besaßen, litten sie in den unbeheizten Räumen im Winter unter großer Kälte. Hinzu kam die Ungewissheit über ihr weiteres Schicksal. Viele der Internierten erkrankten oder starben. Nach sowjetischen Angaben kamen zwischen Juli 1945 und Oktober 1946 insgesamt 886 Menschen ums Leben. Schätzungen gehen sogar von über 3.000 Toten aus. Ihre Leichen wurden in der Umgebung auf Schuttblatdeplätzen verscharrt.

Die Internierungen - unter den Internierten waren auch Frauen und Jugendliche - erfolgten aufgrund des sowjetischen Befehls 00315 vom 18. April 1945. Viele der Verhafteten waren aber nur geringfügig oder gar nicht in das NS-System verstrickt. Oft war eine Denunziation der Anlass für eine Inhaftierung, wie im Fall des berühmten Schauspielers Heinrich George. Dieser kam 1946 in das alte KZ Sachsenhausen, wo er wenig später starb.

In der Stasi-Zeit mussten die Häftlinge im Keller fensterlose, bunkerartige Zellen errichten: das so genannte U-Boot. Diese feuchtkalten Kammern waren nur mit einer Holzpritsche und einem Kübel ausgestattet. Tag und Nacht war eine Glühbirne angeschaltet. Die Verhöre fanden vor allem in der Nacht statt und waren oft von Drohungen und körperlicher Gewalt begleitet. Ehemalige Häftlinge berichteten später, wie sie durch Schlafentzug, stundenlanges Stehen, tagelangen Arrest oder Aufenthalt in Wasserzellen zu Geständnissen gezwungen wurden. Insgesamt gab es 200 Zellen und Vernehmungszimmer. Festgehalten wurden in der Stasi-Zeit vor allem Menschen, die versucht hatten zu fliehen oder auszureisen bzw. die wegen ihrer politischen Meinung verfolgt wurden, darunter der bekannte Dissident Rudolf Bahro oder der Schriftsteller Jürgen Fuchs. Statt mit physischer Gewalt wurden Häftlinge nun mit psychologischen Methoden zermürbt. Über den Ort ihrer Haft ließ man sie bewusst im Unklaren. Systematisch bekamen sie das Gefühl vermittelt, einem allmächtigen Staat ausgeliefert zu sein.

3. Die Rehabilitierungsgesetze des Bundes zur Aufarbeitung von DDR-Opferansprüchen

Eine kurze Übersicht der Redaktion in Zusammenarbeit mit Prof. Rolf Gröschner, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Universität Jena

Die vom Gesetzgeber so genannte »SED-Unrechtsbereinigung« erfolgt nach drei Gesetzen: dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG). Die Verfahren sind jeweils zweistufig. Auf der ersten Stufe wird über die beantragte Rehabilitierung entschieden, auf der zweiten über die aus einer positiven Rehabilitierungsentscheidung resultierenden Folgeansprüche. Nach StrRehaG sind auf der ersten Stufe die Rehabilitierungskammern der Landgerichte zuständig, nach VwRehaG und BerRehaG die Rehabilitierungsbehörden der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Beschwerdeinstanz gegen ablehnende Entscheidungen der Landgerichte ist der Rehabilitierungssenat des jeweiligen Oberlandesgerichts. Gegen belastende Bescheide der Rehabilitierungsbehörden ist der Verwaltungsrechtsweg eröffnet. Die wesentlichen Folgeansprüche sind: eine Kapitalentschädigung von 306,78 Euro für jeden angefangenen Haftmonat und eine Sonderzuwendung für Haftopfer von 250 Euro monatlich nach StrRehaG, die Beschädigtenversorgung entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz nach VwRehaG sowie monatliche Ausgleichsleistungen bzw. ein Nachteilsausgleich in der Rentenversicherung nach BerRehaG.

Die drei Rehabilitierungsgesetze – also das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (RehaG) – sind miteinander verzahnt und ergänzen sich: Das Bundesland Thüringen hat verdienstvollerweise eine Forschungsstudie verschiedener Lehrstühle der Universität Jena unter Mitwirkung von Prof. Rolf Gröschner, Juristische Fakultät, gefördert, die soeben veröffentlicht wurde und an Hand von rund 20 Rehabilitierungsfällen in diesem Bundesland das Ineinandergreifen dieser 3 Ebenen kritisch untersucht. (Siehe Forschungsbericht "Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen" im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit, veröffentlicht im Mai 2008).

- Das StrRehaG ermöglicht die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen (von Gerichten/Organen der DDR bzw. – zuvor – von deutschen Gerichten/Behörden in der Sowjetischen Besatzungszone) über Freiheitsentziehung und damit die Rehabilitierung durch Gerichtsbeschluss. Die strafrechtliche Rehabilitierung begründet Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen (u. a. Kapitalentschädigung für Haftzeiten). Sie ist zudem Voraussetzung für die Rückgabe von Vermögenswerten, die im Zusammenhang mit der aufzuhebenden Entscheidung eingezogen worden sind, oder für eine entsprechende Entschädigung.

- Bei dem VwRehaG geht es um die Aufhebung elementar rechtsstaatswidriger Verwaltungsmaßnahmen der DDR-Organen oder die Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit dieser Akte. Die noch heute fortwirkenden Folgen sollen, soweit die Verwaltungsmaßnahmen zu einer gesundheitlichen Schädigung, zu einem Eingriff in Vermögenswerte oder in den Beruf geführt haben, durch soziale Ausgleichsmaßnahmen gemildert werden. Das VwRehaG verweist hier u. a. auf das BerRehaG.

- Das BerRehaG hat das Ziel, noch heute spürbare Auswirkungen verfolgungsbedingter Eingriffe in Beruf oder Ausbildung auszugleichen. Es knüpft an das StrRehaG, das VwRehaG sowie (für von der sowjetischen Besatzungsmacht im Beitrittsgebiet in Gewahrsam Genommene) an das Häftlingshilfegesetz (HHG) an und erweitert den Kreis der Anspruchsberechtigten: Einbezogen in die berufliche Rehabilitierung werden u. a. auch Verfolgungsfälle im Bereich des Arbeitsrechts (z. B. Maßnahmen von Betrieben oder DDR-Organen gegen Mitarbeiter).

Die Art der Verfolgung bestimmt also den „Einstieg“ in das Rehabilitierungsverfahren und den Fortgang der beruflichen Rehabilitierung.

Quelle: www.bmj.de Hier finden Sie ausführliche Hinweise zu möglichen Fragen bezüglich der Berechtigung, der Antragstellung, der Verfahrenskosten und der Entschädigung.

4. An welche Stellen können sich Stasi-Opfer zur Beratung ihrer Wiedergutmachungsansprüche wenden?

4.1 Rehabilitierungsbehörden

Berlin

Landesamt für Gesundheit und Soziales
Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin

Postanschrift: Postfach 31 09 29
10639 Berlin

Brandenburg

Ministerium des Innern –
Rehabilitierungsbehörde Henning-von-
Treschow-Straße 9-13, 14467 Potsdam

Postanschrift: Postfach 60 11 65
14411 Potsdam

Mecklenburg-Vorpommern

Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern
Puschkinstraße 19-21, 19055 Schwerin

Postanschrift: 19048 Schwerin

Sachsen

Landesdirektion Chemnitz
Referat 27, Rehabilitation, Soziales
Altchemnitzer Str. 41
09120 Chemnitz

Postanschrift: 09105 Chemnitz

Sachsen-Anhalt

Nebenstelle Dessau
Kühner Straße 161, 06846 Dessau

Postanschrift: Postfach 12 05
06839 Dessau

Thüringen

Thüringer Landesverwaltungsamt
Abteilung VII – Soziales
Charlottenstraße 2, 98617 Meiningen

Postanschrift: Postfach 10 02 55
98602 Meiningen

Weitere Anschriften: Siehe Merkblätter des Bundesministeriums der Justiz unter [www.bmj.de/Strafrechtliche Rehabilitation](http://www.bmj.de/Strafrechtliche_Rehabilitation) und [www.bmj.de/Verwaltungsrechtliche Rehabilitation/Berufliche Rehabilitation](http://www.bmj.de/Verwaltungsrechtliche_Rehabilitation/Berufliche_Rehabilitation).

4.2 Stasiopfer-Selbsthilfe e.V.

Grundsätzlicher Ansprechpartner für alle Landesgruppen:
Pfarrer Reinhold Hemker, MdB, reinhold.hemker@bundestag.de

Landesverband Berlin:

- Berlin – Charlottenburg/Wilmersdorf: Helmuth Wippich, Tel. 030-8231614

Landesverband Niedersachsen:

- Wolfsburg/Braunschweig/Salzgitter/Gifhorn: Heidi Stein, Tel. 05374-671563
- Hannover: Peter Albrecht, Tel. 0511-858806

Bayern:

- Bad Aibling/Rosenheim/Oberbayern: Samson Zimmermann

Rheinland-Pfalz:

- Fachingen: Holger Rossmann, Tel. 0178-7312286

Baden-Württemberg:

- Ludwigsburg/Bietigheim-Bissingen: Ullrich Radtke, Tel. 07142-773673
- Johanna Ellsworth, Tel. 071257824, e-mail: j.ellsworth@web.de.

Nordrhein-Westfalen:

- Übergeordneter Kontakt in NRW: Harry Hinz, Tel. 05404-917422, www.stasiopfer-selbsthilfe.de
- Neuss: Ulrike Rotterdam, Tel. 02133-227039
- Mettmann: Engelberth Sobania, Tel. 0210-222907
- Köln: Jürgen Brand, Tel. 02232-211514

Brandenburg:

- Cottbus: Wolfgang Schweiger, Tel. 0355-2905995
- Lübben/Spreewald: Joachim Viand, Tel. 03546-934973

Sachsen – Anhalt:

- Halle/Saale: Wolfgang Schellenberg, Tel. 0345-6783863
- Sangerhausen/Sondershausen/südliches Sachsen-Anhalt: Horst Mittelstädt, Tel. 0162-7106482

Thüringen:

- Steinbach-Hallenberg/Schmalkalden, Meiningen, Suhl: Rolf Simon, Tel. 03684-7549230

Sachsen:

- Eilenburg: Siegfried Harnau, Tel. 0177-7421134
- Zittau: Klaus Beyer, Tel. 03583-511696

Die meisten o.g. Kontaktpersonen sind Mitglied im Netzwerk Stasiopfer Selbsthilfe e.V.

4.3 Weitere Beratungsorgane**4.3.1 UOKG e.V. (Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft):**

Bundesgeschäftsstelle Berlin, Ruschestr. 103, Haus 1, 4. Etage, 10365 Berlin – Lichtenberg, Tel+Fax: (030) 55 77 93 54, E-mail: Info@uokg.de, www.UOKG.de. Ansprechpartner ist Herr Stephan.

4.3.2 Die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Kronenstraße 5, 10117 Berlin, www.stiftung-aufarbeitung.de, buero@stiftung-aufarbeitung.de) hat sich die Aufarbeitung der Ursachen und Folgen der Diktatur in der SBZ und in der DDR zur Aufgabe gemacht. Sie will die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wach halten und damit die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands fördern. Sie vermittelt auch Zeitzeugen vor Ort.

4.3.3 Stiftung für ehemalige politische Häftlinge, Wurzerstraße 106, 53175 Bonn, Tel.: (0228) 36 89 37/0

5. Beiträge zur historischen Einordnung

5.1 Kurze historische Einordnung der friedlichen Revolution in Deutschland 1989 in den größeren osteuropäischen Kontext, von Joachim Jauer (vor der Wende Korrespondent für die ARD und das ZDF in der DDR)

Nachdem verschiedene Aufstände gegen die kommunistischen Diktaturen niedergeschlagen worden waren (DDR 1953, Ungarn 1956, CSSR 1968, Polen 1970), begann mit der Gründung der Menschenrechtsgruppe „Charta 77“ in Prag und der Wahl des Polen Karol Wojtyla zum Papst ein neuer Abschnitt des gewaltlosen inneren Widerstands im kommunistischen Machtbereich. Juni 1979: Erster Besuch Johannes Pauls II. in seiner Heimat, nur sieben Monate nach seiner Wahl. Etwa 10 von 40 Millionen **Polen** treffen ihn auf seiner Pilgerreise durch das Land. Auf dem Warschauer Siegesplatz fordert der Papst vor *einer halben Million*: „Der Geist Gottes erneuere das Antlitz der Erde, **dieser** Erde.“ Mit offener Unterstützung des Papstes solidarisieren sich ein Jahr später 80 000 mit der Streikbewegung an der Danziger Leninwerft. Lech Walesa erreicht im August 1980 die Anerkennung der „Solidarnosc“ als erste unabhängige Gewerkschaft im kommunistischen Machtbereich. Unter Drohungen fordern die „Bruderstaaten“, allen voran die DDR, die Freiheitsbewegung zu unterdrücken. Der Warschauer Pakt plant und probt den Einmarsch nach Polen. Der Papst fordert Breschnew mit Hinweis auf die Nazi-Okkupation seines Landes schriftlich auf, militärische Aktionen gegen Polen zu unterlassen. Keine Antwort aus Moskau. Jaruzelski verhängt Mitte Dezember 1981 das Kriegsrecht, Tausende Solidarnosc-Aktivist*innen werden in Lager verschleppt.

Auch die „Charta 77“ wurde von der kommunistischen Partei bekämpft. Indirekte ideologische Unterstützung erhielten Oppositionelle im kommunistischen Machtbereich erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, ausgerechnet aus Moskau, wo der junge Generalsekretär Michail Gorbatschow sein Reformprogramm von „Glasnost und Perestrojka“ in praktische Politik umzusetzen begann. Im Gegensatz zu seinen stalinistisch geprägten Vorgängern tolerierte Gorbatschow die „Querdenker“ in den „Bruderstaaten“ als deren „innere Angelegenheit“. Die DDR-Führung, jahrzehntelang treuester Vasall Moskaus, verweigerte sich ebenso wie Prag dem „neuen Denken“.

In den achtziger Jahren verschiedene Demonstrationen der **tschechoslowakischen** Opposition „Charta 77“. Der Kopf der Charta, Václav Havel, sitzt wegen staatsfeindlicher Umtriebe mehr als vier Jahre im Gefängnis. Mitglieder der Charta unterhalten Kontakte zur verbotenen Solidarnosc.

In **Ungarn** gründet sich 1988 ein „Komitee für die historische Gerechtigkeit“, eine patriotische Vereinigung. Sie will die „Wahrheit über 1956“, den niedergeschlagenen ungarischen Aufstand erforschen: Waren die Revolutionäre um Imre Nagy „Landesverräter“, wie die Partei behauptet, oder waren sie „Patrioten, Helden“?

Im März 1989 entdeckt das „Komitee für die historische Gerechtigkeit“ die Leichen der hingerichteten Revolutionsführer von 1956. Man hatte sie auf der Parzelle 301 eines Schindangers neben Tierkadavern verscharrt. Das Komitee organisiert im Juni eine landesweite Trauerfeier, eine Wiederbeerdigung der 1956er Helden. Anfang Juni ergeht das Urteil des Obersten Gerichts: Imre Nagy und Gefährten waren Patrioten, keine Landesverräter. Während der Gerichtssitzung kommt die Meldung in den Saal, dass Janos Kadar, der die Hinrichtung 1958 befohlen hatte, während des Urteilspruchs in seiner Wohnung verstorben ist.

Seit dem Jahreswechsel 1988 / 89 sucht die immer noch verbotene Solidarnosc in **Polen** am „Runden Tisch“ einen Kompromiss mit der Kommunistischen Partei. Polens Wirtschaft ist nach Dauerstreiks am Boden. Im Februar 1989 einigt sich der „Runde Tisch“ auf eingeschränkt freie Wahlen. Die Solidarnosc geht aus allen Wahlen als unumstrittener Sieger hervor. In der Folge wird der Katholik Tadeusz Mazowiecki erster nicht-kommunistischer Regierungschef in Polen.

Ungarn öffnet überraschend am 2. Mai 1989 vor internationalen Kameras den „Eisernen Vorhang“. Die Beseitigung der verrosteten Grenzsperren mit Spezialmaschinen aus der DDR war monatelang geübt und vorbereitet worden. Die Bilder vom abgeräumten „Eisernen Vorhang“ gehen per Westfernsehen in die DDR.

Durch die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ wird Ungarn zum Land der Hoffnung für DDR-Bürger. Tausende meist junge Leute beantragen Reisegenehmigungen nach Ungarn, aber auch Transitpapiere nach Rumänien und Bulgarien. Ungarn hatte Anfang 1989, von der Öffentlichkeit unbemerkt, die Flüchtlingskonvention der UN unterzeichnet. Damit hatte Ungarn zwei Verträge, den Auslieferungsvertrag mit Ost-Berlin und den mit den Vereinten Nationen, der die Auslieferung von Flüchtlingen verbot. Etwa 140 DDR-Bürger fliehen in die bundesdeutsche Botschaft von Budapest. Nachdem die Mission wegen Überfüllung geschlossen worden war, finden Tausende Zuflucht im ersten Flüchtlingslager des Ostblocks, das die deutsch-ungarische Malteserfrau Csilla von Boeselager auf dem Gelände der katholischen Kirchengemeinde „Zur Heiligen Familie“ in Budapest Zugliget errichtet hat. Bis zu 80 000 DDR-Bürger warten dort, in weiteren Lagern und auf Campingplätzen auf ihre Ausreise. Ungarn öffnet auf eigenes Risiko am 11. September 1989 für DDR-Bürger die Grenze nach Österreich. Im Herbst 1989 formieren sich in Leipzig machtvolle „Montagsdemonstrationen“, die stets ihren Ausgang von der evangelischen Nikolaikirche nahmen. Die Parolen: „Wir sind das Volk“ und „Gorbi, Gorbi“. In St. Nikolai fanden bereits seit 1982 jede Woche „Montagsgebete“ für den Frieden in der DDR und in der Welt statt. Mit Hilfe der CSSR-Behörden erzwingt die **DDR** scharfe Kontrollen an der slowakisch-ungarischen Grenze. Also besetzen Fluchtwillige die Deutschen Botschaften in Prag und in Warschau. Am 30. September verkündet Genscher in Prag, sein Staatssekretär Sudhoff in Warschau, die Genehmigung zur Ausreise per Zug durch die DDR in die Bundesrepublik. Drei Tage später ist die Prager Botschaft mit Tausenden voller als zuvor. Wieder dürfen die Besetzer abziehen. Am 9. November fällt die Mauer.

Einen Tag später wird in **Bulgarien** Staats- und Parteichef Todor Schiwkow aller Ämter enthoben.

Gut eine Woche nach dem Fall der Mauer genehmigt die Prager Führung eine Demonstration der Professoren und Studenten zum Gedenken an den 50. Todestag des Studenten Jan Opletal, der 1939 erstes Mordopfer der Nazis in der **Tschechoslowakei** war. Gegen Ende der Demo werden Rufe nach Freiheit und Menschenrechten laut. Die Polizei prügelt ausgerechnet diese „Anti-Nazi“ - Demonstration brutal auseinander. Am nächsten Tag entwickelt sich aus dem Protest gegen die Prügelorgie der Polizei die „Samtene Revolution“. Der katholische Untergrundpriester und Sprecher der „Charta 77“, Václav Malý, moderiert die Massen, die täglich auf den Wenzelsplatz strömen. In wenigen Tagen wächst die Menge auf über eine Million. Der gerade aus der Haft entlassene Schriftsteller Václav Havel spricht, der verfemte Reformator von 1968, Alexander Dubcek, zeigt sich zum ersten Mal wieder in der Öffentlichkeit. Václav Malý betet mit über einer Million Menschen das „Vater Unser“ als Vergebungsbitte für die Jahre der Diktatur. Das CS-Fernsehen überträgt die Kundgebung live. Am nächsten Tag streiken 8 von 18 Millionen Tschechoslowaken. Die Staats- und Parteiführung tritt zurück. Havel wird Staats-Präsident der freien Tschechoslowakei.

Mitte Dezember 1989 verhaftet die Securitate im rumänischen Timisoara den ungarisch-stämmigen reformierten Pastor László Tökés. Der hatte wiederholt Menschenrechte für **Rumänien** gefordert, war in seiner Kirche eingesperrt worden. Eine Menschenkette rings um die Kirche forderte seine Freilassung, die Securitate schoss in die Menge, es gab 72 Tote. Der Aufruhr wanderte nach Bukarest. Eine Woche später floh der Diktator vor einer aufgebrachten Menge, die er selbst zu einer Sympathiekundgebung für sein Regime zusammengerufen hatte. Drei Tage später wurde das Ehepaar Ceausescu nach einem geheimen Schnellgericht erschossen.

5.2 Kurze Darstellung der Bürgerrechtsbewegungen in der DDR

In der DDR kam es erst spät zu einer geschlossen agierenden demokratischen Opposition. Es gab vielmehr sich parallel zueinander entwickelnde Bürgerbewegungen.

Eine öffentlich wahrnehmbare **Bürgerrechtsbewegung** gab es erst in den 80er Jahren. Diese hatte aber Vorläufer in der Friedensbewegung der 70er Jahre. 1986 wurde die erste kontinuierlich arbeitende Bürgerrechtsgruppe in der DDR (Gründungsmitglieder u. a. Lotte und Wolfgang Templin, Bärbel Bohley) nach dem Vorbild der Charta 77 gegründet. Weitere Gruppen bildeten sich in anderen Städten der DDR. Besonders bekannt wurde durch die

Montagsdemonstrationen des Herbstes 1989 der Leipziger Kreis um Pfarrer Wonneberger. Die Unterstützung der Bürgerrechtsgruppen durch ostmitteleuropäische Oppositionelle sowie durch westeuropäische und deutsche Friedens- und Menschenrechtsaktivisten war wichtig für ihren Fortbestand. Nach dem Honecker-Besuch in Bonn kam es 1987 noch einmal zu einer verschärften Verfolgung von Regimegegnern. Die Zunahme der Repression bewirkte aber auch eine Solidarisierung innerhalb und außerhalb der DDR. Diese Solidarisierung führte zu Neugründungen von Bürgerbewegungen, die die Grundlage für die friedliche Revolution darstellten. Die wichtigsten Gruppierungen waren: Das „Neue Forum“ (Bärbel Bohley, Katja Havemann u.a.), das 1989 zur Demokratisierung und zum innergesellschaftlichen Dialog aufrief, die „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“, deren Hauptziel demokratische Wahlen waren, die „Initiativgruppe zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei“ um Markus Meckel und der „Demokratische Aufbruch“ um Rainer Eppelmann, der nach einem vergeblichen Versuch des Zusammenschlusses verschiedener Bürgerbewegungen ebenfalls eine schnelle Parteigründung anstrebte. Gemeinsam war allen diesen Bewegungen die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Demokratie.

Die **Umweltbewegung** – ein zweites Sammelbecken für Oppositionelle – geht bis in die 70er Jahre zurück. Unter dem Dach der Evangelischen Kirchen kam es zunächst zu theoretischen Diskussionen, die später durch konkrete Aktionen ergänzt wurden. In den 80er Jahren wurden erste unabhängiger Öko-Gruppen gebildet, die als regimefeindlich galten. Ab 1986 wurde in Ost-Berlin die „Umwelt-Bibliothek“ zu einem wichtigen Zentrum der Opposition. Die Umweltbewegung konnte in der DDR immer wieder massenwirksame Öffentlichkeit herstellen.

Die **„Initiative Frieden und Menschenrechte“** (gegründet 1985/86) ist ebenfalls als eine der wichtigsten Oppositionsgruppen anzusehen. Mitte der 70er Jahre hatte sich in der DDR zunächst im Umfeld der Evangelischen Kirchen eine Menschenrechtsdebatte entwickelt. 1985/86 kam es zur Bildung „Arbeitskreis Solidarische Kirche“. Wichtige Impulse waren die KSZE sowie der Kontakt mit anderen osteuropäischen Oppositionsströmungen. Die Aufnahme der DDR in die UNO ermöglichte die Berufung auf die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, die als Begründung für viele Einzelaktionen und Protestformen herangezogen wurde. 1979 kam es daraufhin zu einer Verschärfung des politischen Strafrechts und einer Intensivierung der Zersetzungsmaßnahmen für die politische Opposition. Im Rahmen der Menschenrechtsbewegung darf die Ausreisebewegung nicht unerwähnt bleiben, die auch eine Form der Opposition darstellte.

Quellen:

- Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos, Hrsg. Ilko-Sascha Kowalczyk und Tom Sello, Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin 2006
- Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg.): Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Ferdinand Schöningh, Paderborn, München, Wien, Zürich

6. An welche Stellen können sich Interessierte wenden, um Zeitzeugen zu Vorträgen vor Ort über die DDR zwischen 1949 und 1989 anzufordern?

Für die Aufarbeitung der DDR-Diktatur ist es wichtig, die Berichte von Zeitzeugen zu nutzen. Ansprechpartner ist die Behörde der **Bundesbeauftragten** für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Frau Ministerin a.D. Marianne Birthler, Postadresse: Postfach 218, 10106 Berlin, Telefon des Vorzimmers: 030-232450.

Anlaufstellen vor Ort sind die **Landesbeauftragten** für die Stasi-Unterlagen in den neuen Bundesländern (mit Ausnahme von Brandenburg):

Der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen des Landes Berlin: Herr Martin Gutzeit, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin, Telefon 030-240 79 20, www.Berlin.de/Lstu

Der Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen des Landes Sachsen-Anhalt: Herr Gerhard Ruden, Klewitzstraße 4, 39112 Magdeburg, Telefon 0391-567 50 51, Fax: -60, E-mail: poststelle@lstu.justiz.isa-net.de, www.stasi-unterlagen.sachsen-anhalt.de

Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Stasi-Unterlagen, Frau Hildigund Neubert, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Telefon 0361-377 19 51, Fax: 0361-377 19 52, www.Thueringen.de/TLSTU

Der Landesbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Stasi-Unterlagen, Frau Marita Pagels-Heineking, Jägerstraße 2, 19053 Schwerin, Telefon: 0385-73 40 06, Fax: 0385-73 40 07 www.MVnet.de/Landesbeauftragter

Der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Herr Michael Beleites, Unterer Kreuzweg 1, 01097 Dresden, Telefon: 0351-65 68 110, Fax: 0351-65 68 120 www.justiz.sachsen.de/lstu/

Brandenburg wird immer noch von Berlin mitbetreut.

Ein **nichtstaatlicher Ansprechpartner** wäre auch hier die schon genannte Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V., Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin-Lichtenberg, Telefon 030-55 77 83-54, Fax: -40, e-mail: info@uokg.de (Referatsleiter Stephan).

Ferner ist auch in diesem Zusammenhang der Stasiopfer-Selbsthilfe e.V., z. H. des Bundestagsabgeordneten Dr. Reinhold Hemker, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, e-mail: reinhold.hemker@bundestag.de, ein geeigneter Ansprechpartner. Dieser gemeinnützige Verein kann in einzelnen Städten Beratungsdienste leisten und Zeitzeugen zur Verfügung stellen, da die dortigen Mitarbeiter/-innen i.d.R. Stasi-Opfer sind.

Zeitzeugen aus dieser Organisation sind u.a.:

- Harry Hinz, Tel.: 05404 - 917 422 (Koordinator)
- Angelika und Franz-Dieter Winker, Berlin, Tel. 030-5107078
- Heidi Stein, Wolfsburg/Braunschweig, Tel. 05374-671563
- Dietmar Wolter, Bielefeld, Tel. 05205-915777
- Bernd Feldhaus, Münster, Tel. 0251-211600
- Ulrike Rotterdam, Neuss, Tel. 02133-227039
- Engelberth Sobania, Mettmann, Tel. 0210-222907
- Wolfgang Schweiger, Cottbus, Tel. 0355-2905995
- Wolfgang Schellenberg, Halle/Salle, Tel. 0345-6783863
- Rolf Simon, Meiningen/Suhl, Tel. 03684-7549230
- Klaus Beyer, Zittau, Tel. 03583-511696

Auch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Kronenstraße 5, 10117 Berlin, www.stiftung-aufarbeitung.de, buero@stiftung-aufarbeitung.de) vermittelt Zeitzeugen vor Ort.

Literaturauswahl

Überblickswerke

Karl Wilhelm Fricke: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatsicherheit. Analyse und Dokumentation. Köln 1991

Joachim Gauck: Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR. Reinbek 1991

Jens Gieseke: Mielke-Konzern. Die Geschichte des Stasi 1945-1990. München und Stuttgart 2001

David Gill/Ulrich Schröder: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums. Berlin 1991

Siegfried Suchan (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“. Berlin 1996

Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Bonn und Berlin 1998

Einzelne Aspekte

Thomas Auerbach: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS. Hrsg. BStU, Analysen und Berichte 1/95, Berlin 1995*

Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1999

Torsten Diedrich/Hans Ehlers/Rüdiger Wenzke (Hrsg.): Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Berlin 1998

Roger Engelmann/Clemens Vollnhals (Hrsg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999

Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953 - 1956. Berlin 1998

Hubertus Knabe u.a.: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“. Berlin 1999

Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989. Berlin 1990

Helmur Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungbestimmungen. Berlin 1996

Helmur Müller-Enbergs (Hrsg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 2: Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1998

Norman M. Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997

Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989. 2., erw. Auflage Bonn und Berlin 2000

Wälfriede Otto: Erich Mielke - Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschechoslowaken. Berlin 2000

Peter Reif-Spirek/Bodo Ritscher (Hrsg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“. Berlin 1999

Siegfried Suchan/Walter Süß (Hrsg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS. Berlin 1997

Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit. Berlin 1998

Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen 1989 nicht gelang, eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999

Clemens Vollnhals (Hrsg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996

Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996

Falco Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1994 u.o.

Lienhard Wawrzyn: Der Blau. Das Spitzelsystem der DDR. Berlin 1991

4. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1999 (kostenlos)*

Fallschilderungen

Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht: Protokoll einer politischen Verfolgung. Berlin 1995

Jürgen Fuchs: Vernehmungprotokolle. November 1976 bis September 1977. Reinbek bei Hamburg 1978

Timothy Garton Ash: Die Akte „Romeo“. Persönliche Geschichte. München/Wien 1997

Wolfgang Kiefling: Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker. Berlin 1994

Irena Kukucz/Katja Havemann: Geschützte Quelle. Gespräche mit Monika H. alias Karin Lenz. Berlin 1990

Reiner Kunze: Deckmame „Lyrik“. Eine Dokumentation. Frankfurt/Main 1990

Erich Loest: Die Stasi war mein Eckermann oder: mein Leben mit der Wanze. Göttingen und Leipzig 1991

Hans-Joachim Schädlich (Hrsg.): Aktenkundig. Berlin 1992

Vera Wollenberger: Virus der Heuchler. Innenansichten aus Stasi-Akten. Berlin 1992

* Diese Titel sind gegen Schutzgebühr erhältlich beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Abteilung Bildung und Forschung, Postfach 218, 10106 Berlin, E-Mail: post@bstu.de